



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und
Beschäftigung -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 26. März 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-02-0002

Arbeitslose und sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Rhein-Main-Vergleich - Antrag der CDU Fraktion vom 20.03.2019 -

Die Arbeitslosenquote in Wiesbaden ist höher als in Hessen insgesamt. Im Dezember 2018 betrug sie in Wiesbaden 6,5 %, der Durchschnittswert in Hessen lag demgegenüber bei 4,3 %. Damit hat Wiesbaden auch eine deutlich höhere Arbeitslosenquote als andere Städte im Rhein-Main-Gebiet (Mainz: 5,2 %, Frankfurt: 4,9 %, Darmstadt: 4,7 %, Offenbach 9,5 %, Nordhessen: Kassel mit 7,3 %). Hierbei handelt es sich wahrscheinlich um ein strukturelles Problem, das sich in den letzten Jahren aus Wiesbadener Perspektive verschärft hat. Vor fünf Jahren bewegte sich Wiesbaden noch gemeinsam mit den anderen genannten Städten (ausgenommen Offenbach) auf einem ähnlichen Niveau, mittlerweile fällt Wiesbaden deutlich ab. Ein ähnliches Muster zeigt sich in Bezug auf die Beschäftigungsquote (sozialversicherungspflichtige Beschäftigte). Auch hier ist die Entwicklung Wiesbadens in der Tendenz deutlich weniger positiv als die der anderen Städte. Dies geht u.a. aus den quartalsweise veröffentlichten Wirtschafts- und Arbeitsmarktbarometern der Stadt Wiesbaden hervor.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten, welche Erkenntnisse er über die Größe und Zusammensetzung der jeweiligen Gruppen arbeitsloser Menschen (z.B. Ältere, Langzeitarbeitslose, Frauen und Männer, Schwerbehinderte, Geflüchtete ohne ausreichende Deutschkenntnisse usw.) in Wiesbaden hat;
- 2) zu berichten, auf welche Faktoren/Ursachen/Gründe die eher negative Entwicklung der Arbeitslosenzahlen bzw. der der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Wiesbaden gegenüber der positiveren in Mainz, Frankfurt und Darmstadt der letzten Jahre zurückzuführen ist, welche Faktoren führten also beispielsweise dazu, dass sich Frankfurt von Wiesbaden abgesetzt hat;
- 3) zu berichten, welche Wege die übrigen genannten Städte (erfolgreich) beschreiten, um Arbeitsplätze (insbesondere für Niedrigqualifizierte) zu schaffen bzw. besonders Langzeitarbeitslose zu aktivieren;
- 4) Vorschläge zu machen, welche zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen möglicherweise sinnvoll sein könnten, damit die Arbeitslosenquote auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden wieder sinkt.

Beschluss Nr. 0020

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2019

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2019

Dezernat II in Verbindung mit Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister